

Polen und der Osten

Polens Beziehungen zu Rußland, Belarus und der Ukraine
im Kontext europäischer »Ostpolitik«

Kai-Olaf Lang

Die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Kriegsendes brachten neue Kontroversen zwischen Polen und Rußland zutage. Die Verstimmungen sind auf unterschiedliche Einschätzungen insbesondere der Geschichte des 20. Jahrhunderts zurückzuführen. Sie haben ihren Grund aber auch in divergenten außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Gleichzeitig kam es in den vergangenen Wochen zu Spannungen zwischen Polen und Belarus. Diese Zwistigkeiten keimten auf, nachdem Polen nur kurze Zeit zuvor mit seinem Engagement während der orangenen Revolution in der Ukraine einen wichtigen außen- und ostpolitischen Erfolg erzielt hatte. Polen hat sowohl seine enge Partnerschaft mit der Ukraine als auch seine schwierigen Beziehungen zu Rußland mit in die EU gebracht und somit zu einer »Veröstlichung« der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beigetragen. Um Polens ostpolitische Expertise weiter für die Union nutzbar zu machen und gleichzeitig seine konflikträchtigen Beziehungen zu Rußland zu »entschärfen«, sollten Deutschland und Polen kontinuierlich über Fragen der europäischen Ostpolitik und der Europäischen Nachbarschaftspolitik sprechen.

The Good, the Bad and the Ugly

Die Entwicklungen im postsowjetischen Raum werden von Polen nicht nur wachsam verfolgt, sondern Warschau bemüht sich auch um die Stabilisierung und Demokratisierung seiner Nachbarn. Aus Warschauer Sicht unterscheiden sich die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Ukraine, Rußland und Belarus fundamental. Nach der Formel »the good, the bad and the ugly« sieht Polen die Ukraine als strategischen Partner und Gegengewicht zu Rußland, das wiederum als Herd mannigfacher Sicherheitsrisiken betrachtet wird, wäh-

rend man Belarus als unberechenbare Autokratie an der Ostflanke fürchtet.

Polens außenpolitische Zielhierarchie resultiert aus der Kombination folgender ostpolitischer Interessen:

- ▶ Polen trachtet nach der Schaffung bzw. Aufrechterhaltung von geopolitischem Pluralismus im postsowjetischen Raum. Das heißt, Polen ist daran interessiert, vermeintliche oder reale neoimperiale Tendenzen jenseits seiner Ostgrenze zurückzudrängen und die Etablierung souveräner und westorientierter Staaten in der Region zu unterstützen.

- ▶ Polen ist nicht nur daran gelegen, stabile und gut regierte Nachbarn in seiner unmittelbaren Umgebung zu haben, sondern auch solche, bei denen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheiten- und Menschenrechte verankert sind. Warschau ist insofern an weichem Demokratie- und Werteexport und einer Homogenisierung seiner östlichen Nachbarschaft interessiert.
- ▶ Mit der orangenen Revolution in der Ukraine verbuchte die polnische Ostpolitik ihren wichtigsten Erfolg. Denn die Schaffung einer reformorientierten, in die euroatlantischen Strukturen strebenden Ukraine, die Rußlands Dominanz relativiert und somit eine geopolitische Rekonstruktion des Ostens verbürgt, ist der außenpolitische *Cantus firmus* aller polnischen Regierungen seit der demokratischen Wende vor 15 Jahren. Dies erklärt auch das konsequente polnische Eintreten dafür, daß der Ukraine eine Perspektive für die Mitgliedschaft in EU und NATO eröffnet wird.
- ▶ Warschau will vermeiden, daß nach der EU-Erweiterung neue Trennlinien an der polnischen bzw. EU-Außengrenze entstehen. Es drängt daher auf (unions- bzw. Schengen-konforme) Liberalisierungen beim Grenzregime und auf eine Reduktion des Wohlstandsgefälles auf beiden Seiten der Grenzen.
- ▶ Polen möchte das Potential der östlichen Märkte erschließen. In die Ukraine gehen momentan weniger als 3% der polnischen Ausfuhren. Zwar konnte der Export nach Rußland in den letzten Jahren systematisch ausgebaut werden (er erhöhte sich im 1. Quartal 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 2,4% auf 4,0%), doch ist die polnische Handelsbilanz wegen der Einfuhr von Energieträgern weiter deutlich negativ.
- ▶ Polen möchte zwar seine wirtschaftliche Kooperation mit Rußland intensivieren, im Energiebereich aber die nach seiner Einschätzung übermäßige Abhängigkeit von Rußland abbauen. Daher strebt es

eine Diversifizierung seines Erdöl- und Erdgasbezugs sowie eine auf Interdependenz abzielende Pipelinepolitik an. Vorbehalte gibt es auch gegen die Berücksichtigung russischer Konzerne bei der Privatisierung des Energiesektors.

Nachdem Polen seinen ostpolitischen Zielen mit seinem Engagement für die Ukraine nähergekommen ist, zeigte sich im Laufe der letzten Monate die große Schwachstelle der polnischen Politik: Rußland. Warschau hat weder eine explizite Rußlandpolitik formuliert noch ähnliche Aktivitäten wie im Falle der Ukraine auf EU-Ebene entwickelt. Polens Rußlandpolitik hieß »Aufwertung der Ukraine«. Seine ostpolitische Euphorie nach dem Wahlsieg Juschtschenkos hat sich durch neue Spannungen mit Rußland und scharfe Auseinandersetzungen mit Belarus rasch zerstreut.

Polen und Rußland: Neue Querelen

Für die aktuellen Störungen im polnisch-russischen Verhältnis sind vier Faktoren verantwortlich: die unterschiedliche Bewertung der Geschichte, Polens Einsatz in und für die Ukraine, energiepolitische Fragen sowie Polens Kritik an der russischen Tschechienpolitik.

Die Liste der polnisch-russischen Differenzen bei der Einschätzung wichtiger Ereignisse der jüngeren Geschichte ist lang. Sie reicht von Moskaus Fragen nach dem Schicksal Zehntausender toter russischer Kriegsgefangener im Jahr 1920 über Rußlands ambivalente Haltung zum Ribbentrop-Molotov-Pakt, Moskaus Zögern, Polens Historikern eine uneingeschränkte Aufklärung der Massenerschießungen in Katyn 1940 zu ermöglichen, bis zu Rußlands demonstrativer Idealisierung der in Jalta fixierten Nachkriegsordnung in Europa.

Neue Nahrung erhielten diese Verstimmungen durch die innenpolitische Diskussion, ob Staatspräsident Kwaśniewski zu den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Kriegsendes nach Moskau fahren sollte. Kwaśniewski verfolgte mit seiner Teilnahme am Moskauer Festakt zwei Ziele: Erstens

wollte er die Gelegenheit wahrnehmen, den Blickwinkel der Polen auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der darauffolgenden Entwicklungen zu verdeutlichen. Dies geschah durch symbolische Akte wie Kranzniederlegungen für polnische Untergrundaktivisten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, die in der Sowjetunion zu Tode kamen, und für andere Opfer des stalinistischen Terrors. Zweitens bemühte sich der Staatspräsident, den Vorwurf einer »anti-russische Phobie« in Polen zu entkräften.

Beide Intentionen dürften sich bestenfalls ansatzweise erfüllt haben, denn von Kwaśniewskis Botschaft nahm während der Moskauer Zeremonien sowohl in Rußland als auch in der internationalen Gemeinschaft kaum jemand Notiz. In Polen wurde vor allem bemängelt, daß Rußlands Präsident Putin die Rolle des Nachbarn als Verbündeter im Kampf gegen Deutschland nicht gebührend gewürdigt habe. Außerdem stießen die Teilnahme General Jaruzelskis an den Gedenkfeiern und seine Auszeichnung für Verdienste in der Roten Armee bei der Befreiung Polens auf Kritik. Nach Kwaśniewskis Rückkehr sank die Zustimmung zu seiner Moskau-Reise daher deutlich.

Die zweite große Quelle für Konflikte ist Polens Engagement in der Ukraine. Besonders unangenehm muß so manchem russischen Beobachter aufgestoßen sein, daß es Polen gelang, seine europäischen Partner bis zu einem gewissen Grad für das Thema »Ukraine« zu mobilisieren oder wenigstens zu sensibilisieren. Kwaśniewskis Bemerkung, daß »für jede Großmacht ein Rußland ohne die Ukraine besser ist als ein Rußland mit der Ukraine« und dies (nicht nur für Polen, sondern) auch für die USA gelte, war zwar recht plump, doch sie offenbart eines der Generalziele der polnischen Ostpolitik, nämlich die Ukraine aus dem »Orbit« Rußlands herauszulösen. Die scharfen Reaktionen aus Moskau zeigten, daß Kwaśniewskis Aussage »richtig« rezipiert wurde. Auch wenn der polnische Staatspräsident wohl aus Rücksicht auf Rußland nicht zum Gipfel der GUAM-Gruppe (Geor-

gien, Ukraine, Aserbeidschan, Moldawien) am 22. April reiste, dürfte Polen stark an der Revitalisierung dieser regionalen Formation gelegen sein, die sich als Alternative zu russischen Integrationsinitiativen im postsowjetischen Raum versteht.

Drittens sieht sich Polen in einer Situation übermäßiger energiewirtschaftlicher Abhängigkeit von Rußland. Rund 95% des polnischen Ölbedarfs und etwa zwei Drittel der Gasimporte werden durch Einfuhren aus Rußland gedeckt. Kurzfristige Engpässe wie im Februar 2004, als Gasprom die belarussische Beltransgas durch einen Lieferungsstopp in die Knie zwingen wollte, gefährdeten zwar die polnische Rohstoffversorgung nicht, riefen aber in Warschau große Nervosität hervor. Zwar versucht Polen vor allem seine Erdgasimporte geographisch zu diversifizieren, doch kam es nicht, wie in den 90er Jahren geplant, zum Abschluß eines »großen« Liefervertrags mit Norwegen, mit dem sich die Dominanz russischer Einfuhren hätte durchbrechen lassen. Polen setzt daher auf die Herstellung lieferwirtschaftlicher Interdependenz, indem russisches Gas über polnisches Territorium nach Westen transportiert wird. Verfolgte Warschau bislang den Bau einer Parallelleitung zur bereits bestehenden Yamal-Pipeline (Rußland–Belarus–Polen–Deutschland), so favorisiert man nun gemeinsam mit Lettland und Litauen die sogenannte Amber-Leitung, die Belarus umgehen und über die beiden baltischen Staaten, Kaliningrad und Polen nach Westen verlaufen würde. Dieses Projekt steht in Konkurrenz zu der von Deutschland und Rußland ins Auge gefaßten Ostsee-Pipeline.

Der Diversifizierung der polnischen Öleinfuhren, aber auch der geoökonomischen und -politischen Stärkung der Ukraine soll das Projekt der Ölpipeline »Odessa–Brody–Płock–Danzig« dienen, durch die Erdöl aus dem kaspischen Raum nach Polen und Westeuropa transportiert werden soll. Nachdem die Leitung auf ukrainischer Seite vom Schwarzen Meer bis ins westukrainische Brody fertiggestellt wurde, stockten die Arbeiten wegen Lieferproblemen und

Meinungsverschiedenheiten über die Fließrichtung der Pipeline. Obwohl Polen das Projekt politisch unterstützt, kam der Bau einer Verbindung zwischen Brody und dem zentralpolnischen Płock (dem Sitz von PKN Orlen; dort würde die Leitung auch auf bestehende Pipelines nach Norden und Westen treffen) bisher nicht zustande. Anlässlich von Juschtschenkos Besuch in Warschau Mitte April bekundeten Polen und die Ukraine abermals ihr Interesse an dem Vorhaben, das sie im optimalen Fall bis zum Jahr 2008 verwirklichen wollen.

Skeptisch steht man schließlich potentiellen russischen Investoren im Energiesektor gegenüber. In den Skandalen um die Rolle polnischer Politiker und Geschäftsleute sowie polnischer und russischer Geheimdienste bei der geplanten Privatisierung der Danziger Raffinerie und beim Abschluß lukrativer Lieferverträge für PKN Orlen, aber auch bei dem angekündigten Verkauf des staatseigenen Gasversorgers PGNiG zeigt sich jedenfalls immer wieder die Bedeutung des russischen Faktors in der polnischen Energiepolitik. Der ehemalige Chef des polnischen Geheimdienstes Siemiątkowski brachte Polens Befürchtungen in einem vielzitierten Statement auf den Punkt: Nach dem Motto »gestern Panzer, heute Öl« erfolge derzeit eine Restauration des russischen Imperiums mit den Instrumenten der Energiewirtschaft. Die mahnenden Stimmen in Warschau fühlen sich durch Aussagen wie die des russischen Handelsattachés in Polen bestätigt, der in einem Interview für die Nachrichtenagentur Interfax erklärt hatte, daß eine höhere Stabilität russischer Erdöllieferungen nur dann möglich sei, wenn russische Firmen bei der Privatisierung des polnischen Energiesektors beteiligt würden.

Für Friktionen sorgt schließlich viertens die polnische Kritik am Zustand der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Rußland. Insbesondere Polens Haltung zum Tschetschenienkonflikt löst regelmäßig Wortgefechte aus. So etwa nach der Tötung des Tschetschenenführers Maschadov im März, der durch ein russisches Kommando

erschossen worden sein soll. Diese Aktion nannte ein Sprecher des Warschauer Außenministeriums ein »Verbrechen« und eine »politische Dummheit«, was grimmige Kommentare in Moskau hervorrief.

Polen und Belarus: Ungeahnte Zuspitzung

Gegenüber Belarus verfolgte die polnische Außenpolitik bisher offiziell eine zweigleisige Linie: maximale Reduktion der politischen Beziehungen auf höchstem Niveau im Einklang mit der Haltung der EU, aber Pflege von eingeschränkten Kontakten zu offiziellen Stellen auf Arbeitsebene; vorsichtige Unterstützung der Zivilgesellschaft, aber punktuelle Kooperation zum Beispiel in den Bereichen Infrastruktur, Zoll und Grenzschutz. Dieser pragmatische Kurs konnte nicht verhindern, daß Minsk heftige verbale Attacken gegen Warschau ritt, die in der Rede des belarussischen Präsidenten Lukaschenko vom 19. April gipfelten. Darin warnte er die Polnische Botschaft offen davor, den Angehörigen der polnischen Minderheit in Belarus »den Kopf zu verdrehen«. Auf diesen Ausfall reagierte man in Warschau mit gemäßigttem Unmut.

Konsequenzen hatte indes ein anderer Schritt des Minsker Regimes. Nachdem das belarussische Innenministerium die Wahl einer ihm nicht genehmen Führung des Bundes der Polen in Belarus annulliert hatte, schlugen die Wellen in Polen hoch. Präsident Kwaśniewski nannte das Vorgehen der belarussischen Behörden »skandalös« und »unannehmbar«, Außenminister Rotfeld bezeichnete den Nachbarstaat als ein »Freilichtmuseum all dessen, was Europa nicht akzeptiert«. Rotfeld kündigte ein Einreiseverbot für belarussische Beamte an, die an Maßnahmen gegen die Organisation der polnischen Minderheit beteiligt sind. In der Folge kam es in beiden Ländern zu Ausweisungen von Botschaftsangehörigen.

Polens Haltung gegenüber Belarus wird aber trotz des »diplomatischen Kriegs« und mannigfacher Provokationen aus Minsk weiterhin umsichtig sein. Nicht zuletzt mit

Blick auf die polnische Minderheit will man keinen totalen Boykott des Landes. Der weißrussischen Gesellschaft, so Premier Belka, wolle man helfen, die Regierung in Minsk hingegen müsse isoliert werden.

Daraus ist zu schließen, daß Polen seine Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft vermutlich ausdehnen wird, um – im Rahmen des Möglichen – Grundlagen für eine spätere Demokratisierung des Landes zu schaffen. Darauf deutet auch die Idee einer Rundfunkstation auf polnischem Territorium, die in weißrussischer Sprache nach Belarus sendet. Von polnischer Seite wurde überdies betont, daß nun auch die Ukraine, von Polen inspiriert, zahlreiche Aktivitäten gegenüber Belarus entwickle.

Polens Ostpolitik in der EU

Polens Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn haben Auswirkungen auf die Kooperation der EU mit Rußland und anderen osteuropäischen Partnern. Warschaus – durchaus legitime – Absicht in der EU ist es, seine ostpolitischen Vorstellungen in die Zielhierarchie der GASP einfließen zu lassen. Insofern vollzieht sich seit mehreren Jahren eine »doppelte Europäisierung« der polnischen Ostpolitik.

Einerseits möchte Polen insbesondere den konzeptionellen Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik nutzen. Deswegen hat die polnische Außenpolitik zahlreiche Anregungen (z.B. Non-Papers zur »Östlichen Dimension« und zur Nachbarschaftspolitik, polnischer Vorschlag zum Aktionsplan für die Ukraine, deutsch-polnische Ratsinitiative zur Ukraine) zur Konkretisierung der Nachbarschaftspolitik bzw. der Kooperationsbeziehungen insbesondere mit der Ukraine geliefert.

Andererseits will Polen darauf hinwirken, seine ostpolitischen Anliegen als Sache der EU zu präsentieren und die Union für die östliche Nachbarschaft zu sensibilisieren. Präsident Kwaśniewski hat dies unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, als er darauf hinwies, daß er bei seiner Vermittlungsmission in der Ukraine von Anfang an

darin gearbeitet habe, sein Krisenmanagement zu europäisieren. Auch im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen in Belarus wünscht sich Polen ein stärkeres Profil der EU. Die Initiativen zur Unterstützung der belarussischen Opposition etwa sollten, so Kwaśniewski, von der Union ausgehen. Besonders aktiv sind die polnischen Abgeordneten im Europaparlament, vor allem der Vorsitzende der für Belarus zuständigen EP-Delegation Bogdan Klich. Auch auf dem III. Europaratsgipfel, der am 16. und 17. Mai in Warschau stattfand, war Belarus nicht zuletzt auf Drängen der polnischen Präsidentschaft ein vorrangiges Thema. Polens Intentionen hierbei sind eindeutig: Nur wenn seine Ziele »europäisiert« werden, erhalten sie internationale Resonanz. Nur so läßt sich das Risiko verringern, jenseits der eigenen Ostgrenze als ostmitteleuropäische Regionalmacht zu gelten, die allein ihre Eigeninteressen wahrnehmen will.

Über den »Osten« hat Polen die GASP für sich entdeckt. Polnische Vorschläge für die Kommission, im Rat und nicht zuletzt die Aktivitäten der polnischen Abgeordneten im Straßburger Parlament haben der Europäischen Nachbarschaftspolitik ihren Stempel aufgedrückt – und Polen hat einen Beweis, daß es auf die Formulierung der EU-Außenpolitik einwirken kann.

Mit Blick auf Rußland ist Polen daran gelegen, seine bilateralen Beziehungen in das Kooperationsgeflecht EU-Rußland einzubinden. Wie andere ostmitteleuropäische und kleinere Mitgliedsländer der Union auch sieht Polen in der Zusammenarbeit zwischen Brüssel und Moskau den Kern des europäisch-russischen Verhältnisses. Nicht genehm sind Warschau folglich intensive Zweierbeziehungen zwischen einigen EU-Hauptstädten und Moskau. An der Weichsel wird geargöhnt, daß Rußland Polen in der Union einen russophoben Anstrich verleihen will. Gezielte Brüskierungen aus Moskau, so die Annahme, sollen Polen zu Überreaktionen verleiten. Dadurch solle das Land gegenüber EU-Mitgliedern wie Frankreich und Deutschland als Störenfried erscheinen, den man bei der Ausgestaltung

der Kooperation mit Rußland besser links liegenlasse.

Polens Ostpolitik und die USA

Polen ist daran gelegen, daß bei der Gestaltung der Kooperationsbeziehungen mit dem Osten eine starke transatlantische Komponente mitschwingt. Warum?

- ▶ Erstens betrachten die USA, ähnlich wie Polen, die Entwicklungen im postsowjetischen Raum stark durch ein geostrategisches Prisma. Man darf vermuten, daß man in Polen das amerikanische Engagement in Zentralasien, im Kaukasus und in Osteuropa als Versuch begrüßt, einen demokratischen »ring of friends« um Rußland aufzubauen und damit den russischen Einfluß in der GUS bzw. dem »Nahen Ausland« damit einzudämmen.
- ▶ Zweitens wird den USA von Warschau ein realistischer Umgang mit Rußland attestiert. Man räumt zwar ein, daß es zwischen den USA und Rußland seit dem 11. September 2001 eine neue Form pragmatischer Zusammenarbeit gibt, deren Kern das gemeinsame Interesse am Kampf gegen den weltweiten Terrorismus bildet. Doch habe sich Washington, so die herrschende Ansicht in Polen, immer eine beachtliche Skepsis bewahrt und zögere daher nicht, Einschränkungen von demokratischen Standards anzuprangern.
- ▶ Drittens ist man in Warschau über die von amerikanischer Seite an die Adresse Rußlands offen vorgetragene Forderung erfreut, in historischen Angelegenheiten mehr Selbstkritik zu üben.
- ▶ Viertens betrachtet Polen Washingtons Eintreten für eine Westperspektive osteuropäischer Länder mit Wohlwollen, etwa eine prinzipielle Chance für die Ukraine, NATO-Mitglied zu werden.
- ▶ Und fünftens sieht Polen in der Präsenz der USA im Dialog mit Rußland ein stabilisierendes Element gegenüber der argwöhnisch betrachteten Zusammenarbeit insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland mit Rußland. Polen ist da-

her nicht nur an einer Kooperationsplattform EU-Rußland interessiert, sondern an einem umfassenden Kooperationsgeflecht des »Westens« mit Rußland.

Doch während man aus diesen Punkten in Polen vielfach folgert, daß es eine weitgehende amerikanisch-polnische Interessenidentität gebe, hegen manche Beobachter Zweifel daran, ob Washington bereit wäre, bei zunehmenden Spannungen zwischen Polen und Rußland eine anhaltende Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau zu riskieren. Auch ist ein von Washington angemahnter harter Kurs gegenüber Belarus nicht unbedingt im Interesse Warschaus, das jegliche Eskalation in dem östlichen Nachbarland vermeiden möchte. Und schließlich wird darauf hingewiesen, daß es letztlich Brüssel und nicht Washington sei, das Polen bei seinen wirtschaftlichen Interessen in Rußland und anderen Ländern Osteuropas effektiv unter die Arme greifen kann.

Polen, Deutschland und der Osten

Die EU-Mitglieder Deutschland und Polen blicken von äußerst unterschiedlichen Positionen auf die östlichen Partner der Europäischen Union.

- ▶ Für Polen sind die Verhältnisse jenseits seiner Ostgrenze eine Schicksalsfrage. »Ostpolitische« Erwägungen prägen die grundsätzlichen Ziele seiner Außen- und Sicherheitspolitik. Für Deutschland haben die Beziehungen zu den Partnern im Osten zwar auch einen hohen Stellenwert, sie determinieren aber seine Außenpolitik bei weitem nicht im gleichen Maße.
- ▶ Polen beurteilt die Entwicklungen »im Osten« stark nach geopolitischen Kriterien. Diese Sichtweise ist in Deutschland deutlich schwächer entwickelt.
- ▶ Polnisches und deutsches »ostpolitisches« Denken kreist in erster Linie um Rußland. Während Deutschland Rußland jedoch als vorrangigen politischen und wirtschaftlichen Kooperationspartner betrachtet, manifestiert sich der polni-

sche Russozentrismus in einer »Ukraine first«-Politik und dem Bestreben, einer russischen Suprematie im postsowjetischen Raum Einhalt zu gebieten.

- ▶ Polen sieht den besten Schutz vor neo-imperialen Tendenzen im postsowjetischen Raum darin, osteuropäische Länder wie die Ukraine in die EU und die NATO aufzunehmen. Sein Engagement für eine ukrainische EU-Mitgliedschaft erfolgt weitgehend ohne eine Diskussion über die Implikationen eines solchen Schritts für die Dynamik der europäischen Integration. Doch ebendiese Sorge vor unabsehbaren Folgen dominiert die Debatte in Deutschland. Polen will aus der Ukraine eine »zweite Türkei« machen, in Deutschland will man mehrheitlich genau dies verhindern und die Ukraine nur an die Union heranzuführen.
- ▶ Um Exklusionseffekte der EU-Erweiterung zu verhindern, möchte Polen seine Ostgrenze, und damit die der EU, möglichst durchlässig machen. Deutschland steht diesem Vorhaben wie andere EU-Mitglieder auch mit großen Vorbehalten gegenüber.

Diese strategischen Interessendifferenzen werden auch in Zukunft für Auseinandersetzungen im deutsch-polnischen Verhältnis sorgen. Ungeachtet dessen gibt es zahlreiche Übereinstimmungen. Deutschland und Polen sind beide an einer Stabilisierung und Homogenisierung der östlichen Partner der EU interessiert. Beide wollen das außen- und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Kooperationspotential mit Rußland, der Ukraine und anderen osteuropäischen Staaten nutzen. Beiden ist daran gelegen, eine sinnvolle Zusammenarbeit der osteuropäischen Partner mit Rußland zu fördern, diese aber mit einer intensivierten Kooperation dieser Länder mit der EU in Einklang zu bringen.

Für die deutsch-polnischen Beziehungen heißt dies: Das Verhältnis zu Rußland und anderen osteuropäischen Ländern birgt Potential für neue Zerwürfnisse, aber auch für neue positive Stimuli. Deutschland und Polen wären daher gut beraten, in einem

europäischen Kontext in einen engen Dialog über ihre spezifischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn zu treten. Ein konstruktives Miteinander in der »Ostpolitik« sollte ein zentrales Thema der deutsch-polnischen Agenda in der erweiterten Europäischen Union werden und könnte den darbindenden bilateralen Beziehungen neue Energie verleihen. Ein solcher Diskussions- und Aktionsprozeß hätte aus deutscher Sicht den Vorteil, beim Bemühen um die Festigung der östlichen Nachbarschaft auf polnische Expertise zurückgreifen zu können. Gleichzeitig könnte Deutschland dazu beitragen, Polens Beziehungen zu Rußland, die Achillesferse der Warschauer Ostpolitik, zu stabilisieren. Denn weder Deutschland noch die EU können an konfliktträchtigen polnisch-russischen Beziehungen interessiert sein.

Eine gemeinsame ostpolitische Diskussion sollte von dem Gedanken getragen sein, ein deutsch-polnisches Schwungrad zur Dynamisierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Kooperationsbeziehungen mit Rußland in der EU zu schaffen. Je nach Gegenstand der Zusammenarbeit könnten dabei folgende Maximen beachtet werden:

Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP).

Deutschland und Polen sollten zum Kern einer informellen Koalition werden, die dafür sorgt, daß der ENP ein dauerhaft hoher Rang innerhalb der Zielhierarchie der GASP zugewiesen wird. Eine solche Gruppe der »Freunde der Nachbarschaftspolitik« könnte daran arbeiten, die ENP durch die Festlegung von Handlungsprioritäten zu bündeln, sie durch die Konkretisierung sektoraler Initiativen fortzuentwickeln und durch bilaterale Maßnahmen zu flankieren. Solche politikfeldbezogenen Initiativen wären insbesondere in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Justiz und Inneres, Umweltpolitik, Demokratisierung, Zivilgesellschaft, EU-Harmonisierung und Verwaltungsreform vorstellbar. Sie könnten von einer ständigen Arbeitsgruppe der Planungsstäbe im deutschen und polnischen Außenministerium vorbereitet werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Rußland. Besondere Sensibilität erfordern deutsch-polnische Diskussionen über Rußland. Ob Polen in absehbarer Zeit empfänglicher wird, was die deutschen Argumente zur Relevanz Rußlands angeht, ist fraglich. Deutschland könnte sich jedoch bemühen, polnische »Rapallo-Ängste« zu entkräften, indem es Warschau zumindest enger in seine rußlandpolitischen Überlegungen einbindet. Sofern es zu Gipfeltreffen im Format Spanien, Frankreich, Deutschland, Rußland kommt, sollte Polen beteiligt werden. Bundeskanzler Schröder hat auf der Münchener Sicherheitskonferenz bereits geäußert, Deutschland werde sich »im Einvernehmen mit Polen für eine wirklich strategische Partnerschaft mit Rußland« einsetzen. Voraussetzung hierfür ist, daß Polen im Verhältnis zu Rußland weiterhin eine hohe »Impulskontrolle« bei historischen Themen aufrechterhält. Ein deutsch-polnischer Rußlanddialog könnte dann mit einem gemeinsamen Nachdenken über Initiativen in »weichen Bereichen« beginnen, etwa beim Forschungs- und Bildungsraum der EU-Rußland-Kooperation. Hierbei könnte sich ein möglicher Regierungswechsel in Warschau als große Herausforderung erweisen. Denn die ab Herbst 2006 voraussichtlich regierenden konservativen Parteien fordern gegenüber Rußland eine härtere Gangart. Auch werden sie sich an der Devise »gute Beziehungen zu Rußland, aber nicht um den Preis der Wahrheit« (so der Publizist Krzysztof Góssesman) orientieren, also kaum eine Entkopplung historischer Kontroversen von der aktuellen Zusammenarbeit zulassen.

Ukraine. Deutschland und Polen sollten ihren Dialog über die Ukraine vertiefen. Ein solcher Meinungs austausch wurde bereits durch Konsultationen zum Beispiel über den Aktionsplan angestoßen und wird durch Treffen der beiden Außenminister mit ihrem ukrainischen Kollegen fortgesetzt. Dieses Format könnte in Übereinstimmung mit den Aktionsprioritäten auch auf andere Fachressorts übertragen werden. Beide Länder sollten sich auf die Umsetzung des Aktionsplans konzentrie-

ren, einen Fahrplan mit mittelfristigen »Stationen« für die Annäherung der Ukraine an die EU entwickeln und nach einem Assoziierungsmodell suchen, das als attraktiver Reformanreiz für die Ukraine taugt. Die Frage der EU-Mitgliedschaftsperspektive sollte gegenwärtig nicht thematisiert werden. Nach dem Vorbild der polnisch-litauisch-ukrainischen Parlamentarierversammlung könnten Treffen deutscher, polnischer und ukrainischer Abgeordneter bzw. von Fachausschüssen etabliert werden. Die Einrichtung eines von Deutschland getragenen Lehrstuhls oder einer Fakultät am Europäischen Kollegium polnischer und ukrainischer Universitäten in Lublin wäre ein erster realistischer Schritt zur Schaffung eines Leuchtturmprojekts trilateraler Kooperation im Osten Polens.

Belarus. Der zentrale Punkt der polnisch-deutschen Diskussionen über Belarus sollte die Suche nach effektiven Formen der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Ansätzen der Demokratisierung sein. In der gegenwärtigen Situation (und mit Blick auf die 2006 angesetzten Präsidentschaftswahlen in Belarus) sollten Deutschland und Polen gemeinsam darüber sprechen, wie sich die Mischung aus pragmatischer Zusammenarbeit auf minimalem Niveau, selektiven Sanktionen in Einklang mit der EU und internationalen Organisationen und vorsichtiger Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen neu ausbalancieren ließe. Hierbei ginge es insbesondere darum, alternative Informationsquellen bereitzustellen und zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken. Gleichzeitig sollten sich Deutschland und Polen darüber Gedanken machen, wie die EU auf unterschiedliche Optionen der mittel- und längerfristigen Entwicklung in Belarus reagieren könnte. In diesem Zusammenhang sollte der auch von polnischen Experten gemachte Vorschlag aufgegriffen werden, bereits jetzt einen Entwurf für einen EU-Belarus-Aktionsplan auszuarbeiten.